

Die Regierung über den Lohn disziplinieren

Bund der Steuerzahler will Regierungsratslöhne kürzen

Nach dem Lohn der Zürcher Stadträte nimmt der Bund der Steuerzahler nun denjenigen der Regierungsräte ins Visier. Mit einer Volksinitiative verlangt er, deren Jahresgehalt auf 280 000 Franken zu kürzen. Mit der Gehaltskürzung will der SVP-nahe Verein seinen Unmut über die Zürcher Regierung äussern, die ihm zu wenig bürgerlich ist.

rib. Vor rund vier Jahren stimmten die Stadtzürcher Stimmberechtigten einer Volksinitiative zu, die das Jahresgehalt der Stadträte von rund 250 000 auf 220 000 Franken kürzte; nun nimmt sich der SVP-nahe Bund der Steuerzahler (BDS), der das Begehren lanciert hatte, die Gehälter der Zürcher Regierungsmitglieder vor. Diese sollen, wie der Präsident des BDS, SVP-Kantonsrat Alfred Heer, am Donnerstag vor der Presse sagte, auf 280 000 Franken festgesetzt werden. Um dies zu erreichen, lanciert der BDS eine Volksinitiative, für die ab dem 24. August Unterschriften gesammelt werden. Mit Blick auf die gewonnene Stadtzürcher Initiative und auf die Stadt Bern, wo Anfang dieses Jahres eine Volksinitiative zur Kürzung der Gehälter der Exekutivmitglieder angenommen wurde, rechnet sich der BDS für sein Begehren Chancen aus. Ob die SVP die Lancierung unterstützt, ist laut Parteisekretär Claudio Zanetti noch nicht entschieden.

Für Alfred Heer liegt der Grund, die Initiative zu starten, auf der Hand. Für einen Regierungsrat sei ein Jahresgehalt von 340 000 Franken viel zu hoch, sagte er. In keinem anderen Kanton verdiene ein Regierungsmitglied auch nur annähernd so viel – die vom Bund der Steuerzahler genannte Zahl bezieht sich allerdings auf den Lohn des Regierungspräsidenten; laut Auskunft der Finanzdirektion ist das Gehalt eines Regierungsmitglieds auf 125 Prozent des Gehalts der höchsten Lohnklasse festgesetzt, was zurzeit 317 000 Franken entspricht. Das Volk, so Heer, das die Bezüge des Regierungsrats über die Steuern finanziere, solle sich auch über deren Höhe äussern können. 280 000 Franken seien für die Leistung eines Regierungsmitglieds eine angemessene Entschädigung.

Die in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs gestaltete Initiative verlangt, dass die Jahresbesoldung der Regierungsmitglieder in der Verfassung festgeschrieben wird. Nach dem Inkrafttreten der Regelung soll das Gehalt lediglich der Teuerung angepasst werden. Die Besoldungslimite soll laut

SVP-Kantonsrat Claudio Schmid (Bülach) nur für die Regierungsmitglieder und nicht für das Staatspersonal gelten. Es gehe nicht an, sagte Schmid, die Löhne in der Verwaltung generell zu senken, wie der Regierungsrat dies beantrage. Die Aufgaben des Staats müssten von qualifizierten, ordentlich bezahlten Angestellten ausgeführt werden. Der Regierungsrat aber zeigt für Alfred Heer klar, dass er nicht in der Lage ist, grössere Probleme – etwa im Zusammenhang mit dem Flughafen – zu lösen. Dauern würden Experten mit Studien beauftragt, womit sich die Frage stelle, wozu Regierungsräte mit aufgeblähten Stäben bezahlt würden – ohne Hilfe von Dritten seien diese ja nicht in der Lage, den Kanton zu regieren.

Der Einwand, die Privatwirtschaft bezahle für vergleichbare Positionen höhere Gehälter, greift nach Heers Ansicht zu kurz. Die Privatwirtschaft sei vom Staat unabhängig und lasse ihre Löhne nicht von der Allgemeinheit finanzieren. Ein politisches Amt, sagte Heer, dürfe nicht aus finanziellen Gründen angestrebt werden. Das tiefere Ziel der Initiative scheint aber darin zu liegen, die Zürcher Regierungsmitglieder über deren Gehalt im Sinn der SVP zu disziplinieren. Für SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti sollen dem Regierungsrat mit der Initiative auch seine Grenzen gezeigt werden. In der Zürcher Exekutive, sagte er, seien die Bürgerlichen in der Mehrheit. Trotzdem regiere das Gremium alles andere als bürgerlich und zeige dauernd, dass es nicht an seiner verfassungsmässigen Aufgabe, dem Vollzug und der Verwaltung interessiert sei, sondern vielmehr daran, die Bürgerinnen und Bürger zu erziehen. Es brauche eine Korrektur. Die Initiative «280 000 Franken Jahresgehalt sind genug» sei deshalb auch als eine Lenkungsmassnahme über das Portemonnaie der Regierungsmitglieder zu verstehen. Über allfällige weitere «Lohnkürzungs-Initiativen» will der BDS noch nichts sagen. Eine ähnliche Initiative auf Bundesebene schliesst Alfred Heer aber nicht aus.